

# Wachstumsverhinderungsgesetz

**Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz geht die Regierung ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer ein und beweist, dass sie nicht mit Geld umgehen kann. Es befriedigt Klientelwünsche und führt neue Subventionen und Privilegien ein. Dieses Geschäft geht zu Lasten der Investitionen in Bildung und Forschung sowie unserer Kinder und Enkel, die schlechtere Kindergärten und Schulen, dafür aber mehr Schulden und Zinsen bekommen.**

## **SPD bietet Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an**

Wir fordern Angela Merkel auf, zur Vernunft zu kommen und auf unsinnige Klientelgeschenke zu verzichten. Stattdessen bieten wir einen Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an, um die erforderlichen Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren. Wir wollen, dass der Bund jedes Jahr 10 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert und dabei den Ländern bei ihren Aufgaben entgegen kommt. Wir stehen, wo es um die Zukunft Deutschlands geht, für die gesamtstaatliche Verantwortung und für die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen.

## **Raubzug auf Kosten der Zukunft**

Wie etwa der Sachverständigenrat feststellte, finanzieren sich Steuersenkungen selbst unter günstigsten Bedingungen nur zu einem geringen Teil selbst. Vor allem die kommunalen Spitzenverbände warnen deshalb davor, dass die durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle die bereits angespannte Einnahmehasis des Staates zusätzlich schwächen. Länder und Kommunen haben so keine andere Wahl, als die Steuerausfälle durch Kürzung der Ausgaben für Investitionen, Bildung und die soziale Daseinsvorsorge zu kompensieren.

Die geplante Anhebung der Freibeträge für Kinder und des Kindergelds entspricht nach einhelliger Expertenmeinung weder den Anforderungen einer gerechten Familienförderung noch denen einer effektiven Wachstumsförderung. So werden von der deutlichen Anhebung der Freibeträge vor allem Besserverdienende profitieren. Auch die Erhöhung des Kindergelds erreicht nicht alle Familien. Um den Familien zu helfen, die dies am dringendsten brauchen, wäre deshalb eine Erhöhung der Kinderregelsätze in der Sozialhilfe erforderlich.

Die Absenkung der Umsatzsteuer für Übernachtungsleistungen in Hotels wird keinerlei positive Effekte haben, da von einer Weitergabe der Steuerermäßigung an Kunden und Beschäftigte nicht auszugehen ist.

Bei den Änderungen der Unternehmensbesteuerung geht es Schwarz-Gelb nicht um die Beseitigung krisenverschärfender Regelungen, sondern um die Rücknahme von Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die Entlastungen bei der Unternehmensteuerreform. Die Aufweichungen bei der Zinsschranke, bei der Verlustverrechnungsbeschränkung und bei der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen vergrößern die Spielräume für Steuergestaltungen und erleichtern Gewinnverlagerungen ins Ausland.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen der Regelungen zur Unternehmensnachfolge bei der Erbschaftsteuer werfen erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf. Danach geht die vorgesehene Verkürzung der Behaltens- und Lohnsummenfristen für das Betriebsvermögen so weit, dass die Anforderungen einer am Gemeinwohl orientierten Privilegierung nicht mehr erfüllt sind. Die schwarz-gelbe Bundesregierung gefährdet damit den Bestand des Erbschaftsteuergesetzes.

## **Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung**

Für uns ist klar: Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges. Auch nach Einschätzung der Sachverständigen bei der Anhörung des Finanzausschusses verfehlt das Gesetz das Ziel der Wachstumsstärkung. Die Hauptkritik richtet sich gegen die Absicht von Schwarz-Gelb, trotz des enormen Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte umfangreiche Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung durchzusetzen.

